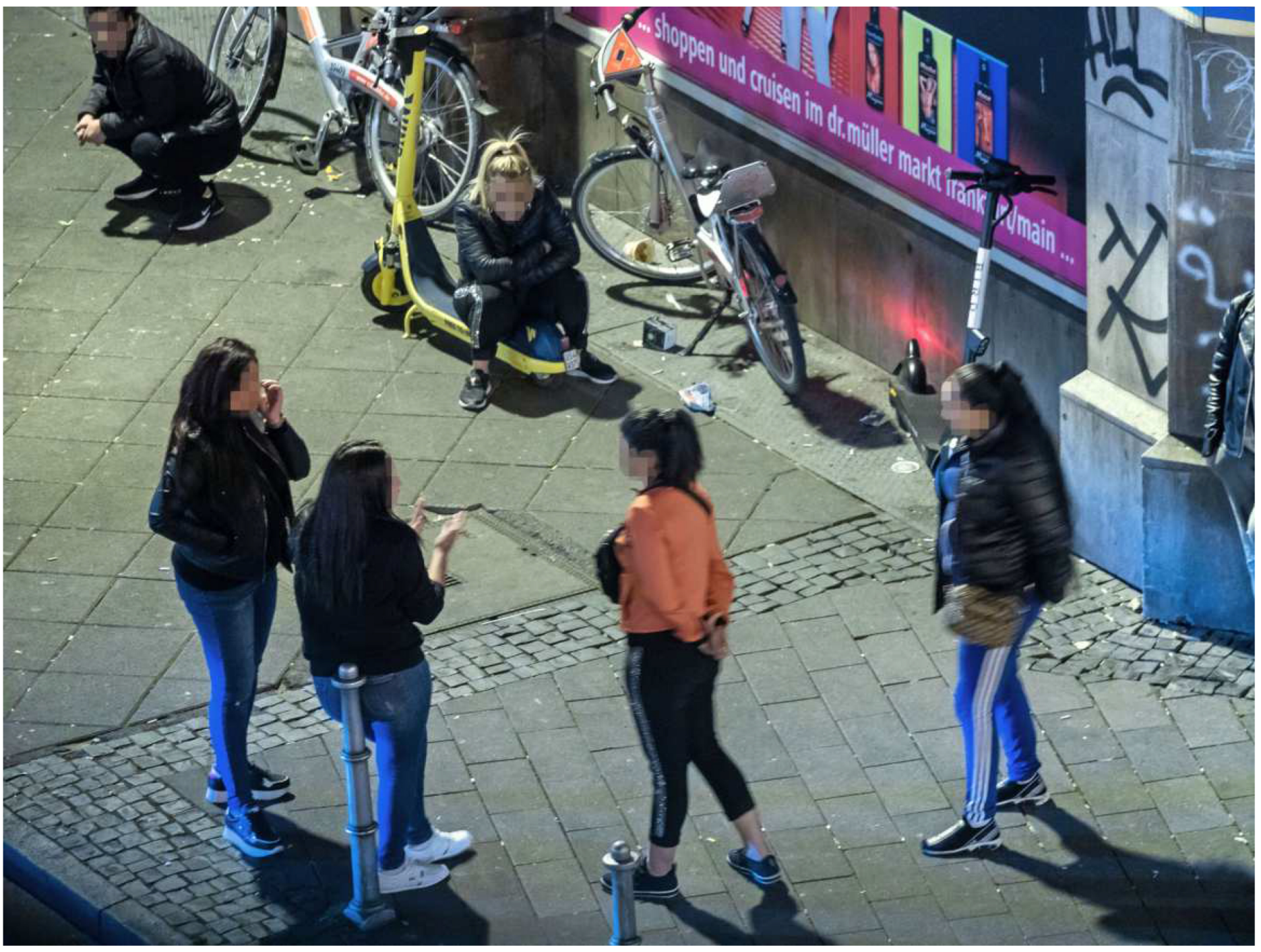

Straßenszene im Frankfurter Bahnhofsviertel: *junge Prostituierte an der Ecke Kaiserstraße und Moselstraße* Foto Helmut Fricke

„Sexkaufverbot ist nicht die Lösung“

FRANKFURT Auf Bundesebene will die Union den Kauf von sexuellen Dienstleistungen strafbar machen – im Römer ist die CDU-Fraktion zurückhaltender. Doch auch sie will die „menschenunwürdigen Zustände in der Prostitution“ beenden. Wie kann das gelingen?

Von Theresa Weiß

Liebe kaufen Freier bei Prostituierten nicht, und das wissen sie auch: „Sie hatte keinen Willen. Sie war da wie eine Sexmaschine.“ So beschreibt ein Freier seinen Besuch bei einer Prostituierten im Bericht „Männer in Deutschland, die für Sex zahlen“. Der Report bildet den Blick von Freiern auf Prostitution anhand von mehr als 700 Interviews ab. Veröffentlicht haben ihn Prostitutionsgegnerinnen und Aktivisten. Er dient denen, die sich für ein Verbot von Prostitution oder zumindest das „Nordische Modell“, ein Sexkaufverbot für Freier, einsetzen, als Quell der Argumente für ihre Sache, denn im Report stehen Abscheulichkeiten aller Art. Körperliche und psychische Gewalt an den Frauen werden beschrieben.

Auffällig ist, dass Freier die schlechten Bedingungen, unter denen Prostituierte oft arbeiten, häufig wahrnehmen. Doch sie ziehen daraus nicht die Konsequenz, ihren Besuch abzubrechen: „Ich hatte trotzdem mit ihr Sex, weil ich dafür bezahlt habe“, sagt etwa der Mann, der die Prostituierte als willenlose Sexmaschine beschreibt. In Frankfurt kostet Geschlechtsverkehr circa 30 Euro im Laufhaus. Auf der Straße weniger.

Diese Zustände stören die Union, allen voran die CSU-Politikerin Dorothee Bär. Vor einigen Wochen hat ihre Fraktion ein Positionspapier im Bundestag in Umlauf gebracht, „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“ ist es überschrieben. Es fordert, Freier zu kriminalisieren. Und auch in Frankfurt, einer Stadt mit viel sichtbarer Prostitution und zentralem Rotlichtviertel, hat die CDU das Thema im Sozialausschuss auf die Tagesordnung gesetzt.

Christina Ringer, frauenpolitische Sprecherin der CDU im Römer, hat mit ihrer Fraktion einen Antrag und eine Anfrage in den Ausschuss eingebracht. „In der Gesellschaft führen wir derzeit viele Debatten über Geschlechterrollen, gendersensible Sprache oder Gleichstellung, aber Prostitution wird ausgeklammert. Das finde ich schräg“, sagt Ringer. Sie will diese Debatte öffentlich führen.

Ihre Analyse des Status quo sieht übel für die Prostituierten aus: Sie würden missbraucht, gedemütigt, verletzt. Ein Großteil der Prostitution finde in kriminellen Milieus statt. Im Positionspapier der Union heißt es: „Es gibt zwar in geringen Teilen auch die selbstbestimmte und legale Prostitution. Den überwältigenden Mehrheitsanteil (Schätzungen zufolge 85 bis 95 Prozent) aber macht die unfreiwillige Armuts- und Elendsprostitution aus, die von Täuschung, Drohung und völliger Abhängigkeit von Zuhältern geprägt ist, nicht selten begleitet von Straftaten wie Menschenhandel und Zwangsprostitution.“ Davon ist auch Ringer überzeugt. Zwar respektiere sie den freien Willen von Frauen, die selbstbestimmt Sex verkaufen. „Ich glaube nur, dass der Anteil sehr, sehr klein ist.“ Frankfurt sei mit dem Bahnhofsviertel ein Hotspot für die der Organisierten Kriminalität bestimmte Szene.

Die Zahlen, auf die sich die Union stützt, sind nach Ansicht von Encarni Ramirez Vega mit Vorsicht zu genießen. Sie ist die stellvertretende Leiterin der Beratungsstelle Frauenrecht ist Menschenrecht (FIM) und begleitet und berät seit vielen Jahren Prostituierte, vor allem Migrantinnen in prekären Lagen, in der Armutsprostitution. Ihre Haltung ist, dass der Austausch von sexuellen Dienstleistungen in Ordnung ist – unter guten Bedingungen. Bei ihren Klientinnen sieht sie diese aber nicht oft. „Es gibt nicht wenige Freier, die grenzüberschreitend oder gewalttätig sind. Aber wir können nicht sagen, dass alle Freier Täter sind. Man muss differenzierter hinschauen.“

„Sexworker“ nennt Ramirez Vega die Frauen nicht, denn auch ihrer Ansicht nach ist Prostitution kein Job wie jeder andere, sondern einer, in dem es Gewalt gibt und ein Machtgefälle herrscht. Trotzdem tut sie sich mit den von Prostitutionsgegnerinnen zitierten Statistiken schwer. „Die Zahlen sind nicht belastbar.“

In Frankfurt arbeiteten vor der Pandemie etwa 1500 Prostituierte, nun könnte die Zahl sich leicht verändert haben. Diese Einschätzung hält Ramirez Vega für plausibel. Lege man aber die von Prostitutionsgegnern oft verwendete Formel auf diese Zahl an, dass im Dunkelfeld etwa zehnmal so viele arbeiteten, müssten in Frankfurt 15.000 Prostituierte tätig sein. „Das ist total unrealistisch.“ Mit ihren Streetworkern, die auf dem Straßenstrich, in den Laufhäusern und in Wohnungen unterwegs sind, kennt Ramirez Vega die Szene gut. FIM berät etwa 250 Prostituierte im Jahr.

Problematisch findet sie die hoch gegriffenen Zahlen, weil sie ein Narrativ stärkten, das nicht die echte Situation der Frauen abbilde: Es stelle sie nur als Opfer dar. Doch in ihrem Beratungsalltag erlebt Ramirez Vega ein viel gemischteres Bild, und zwar sowohl bei den Freiern als auch bei den Prostituierten.

Da sind Frauen, die aus Bulgarien auf eigene Faust oder mit ihrem Partner kommen und genau wissen, was sie in Frankfurt tun werden – er arbeitet prekär auf dem Bau, sie in der Prostitution. Da sind Frauen, die hergelockt wurden mit der „Loverboy“-Masche – ein Mann macht sie verliebt und abhängig von sich, bevor er sie bittet, sich zu prostituieren. Es gibt selten auch Frauen, die Opfer von Menschenhandel sind, die wirklich missbraucht, vergewaltigt und eingesperrt werden. Und es gibt die, die sich an FIM wenden, weil sie aussteigen wollen.

So wie die Rumänin, die vor fünf Jahren aus Spanien eingereist war, um als Prostituierte mehr Geld als zuvor in der Pflege zu verdienen, aber der es jetzt reicht. Gemein ist den Frauen, dass sie Sex aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus verkaufen und kaum Alternativen haben: Im Herkunftsland leiden sie meist bittere Armut, eine Ausbildung oder Sprachkenntnisse haben sie nicht. Viele finanzieren in der Heimat eine Familie mit ihrer Arbeit. Egal wie viele Frauen nun wirklich von üblen Bedingungen oder gar von Straftaten betroffen sind: Christina Ringer will, dass sich etwas ändert. Sie fordert, dass das Prostituiertenschutzgesetz von 2017 früher als geplant evaluiert wird. „2025 ist zu spät.“ Die Regeln würden nicht ordentlich durchgesetzt. Vielleicht müsse die Gesetzesgrundlage auch so verändert werden, dass der gewünschte Schutz überhaupt greife – zum Beispiel beim Thema Übernachten in der Prostitutionsstätte. Das ist verboten, um für die Prostituierten Arbeit und Freizeit besser zu trennen. „Gut gemeint, aber das bedeutet für die meisten nur eine zusätzliche Miete“, sagt Encarni Ramirez Vega von FIM. Im Übrigen biete das Gesetz aber viele Chancen, sagt die Beraterin. Prostituierte hätten ihr gegenüber zum Beispiel erwähnt, dass sie froh seien, so der Informalität zu entkommen.

Ringer will zudem den Fachbeirat Prostitution in Frankfurt wieder einsetzen, der Ende 2022 aufgelöst wurde – nach Ringers Worten, weil man der Meinung ist, alles sei geklärt. „Wir müssen das Thema wieder an einen Tisch holen.“ Im Antrag fordert die CDU außerdem, ein Präventionsprogramm für Frauen aufzulegen, Freier zu sensibilisieren und ein Modellprojekt für den Ausstieg aus der Prostitution zu schaffen, etwa mit Ausstiegswohnungen. Es könne nicht sein, dass Marburg eine solche Wohnung habe, Frankfurt mit seiner viel größeren Prostitutionsszene aber nicht, meint Ringer. Und tatsächlich berichtet Encarni Ramirez Vega, dass es mehrere Frauen gebe, die aussteigen wollten, aber scheiterten, weil sie keine Unterkunft fänden oder ein Mitarbeiter des Jobcenters vorschlage, sie sollten in ein Laufhaus gehen, wenn es auf der Straße nicht laufe.

Was Ringer bei all dem nicht fordert: Prostitution bestrafen. Damit löst sie sich von Bärs Position. „Es ist realistischer als Kommunalpolitikerin, andere Dinge zu fordern“, sagt sie. „Das Sexkaufverbot an sich ist nicht die Lösung, für die Frauen insbesondere.“ Denn für sie werde sich die Situation kaum verändern, wenn Freier für ihren Besuch bestraft werden könnten, so das Argument. Aus Mangel an alternativen Jobs würden die meisten weiter sexuelle Dienstleistungen anbieten, und die Freier würden sie finden und sicher nicht plötzlich anfangen, sie respektvoll und gleichberechtigt zu behandeln, wenn sie es vorher nicht getan haben. Berichte aus Schweden, wo das Nordische Modell gilt, zeigen zwar, dass sich die Verhandlungsposition der Prostituierten verbessere. Doch Ramirez Vega weiß: Je prekärer die Lage, desto schlechter die Position. Das heißt, dass eine Frau, zu der weniger Freier kämen, vielleicht eher bereit sei, Praktiken anzubieten, die sie ablehne, oder beginne, Sex für sehr wenig Geld zu verkaufen. Das Abrutschen ins Dunkelfeld könne da nicht wirklich hilfreich sein.